Mediendienst

Stuttgart, 18. September 2015

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Baden-Württemberg FDP

Rülke: Kretschmann sollte sich nicht länger gegen weitere Einstufung von Staaten zu sicheren Herkunftsländern sträuben

Der FDP-Fraktionsvorsitzende **Dr. Hans-Ulrich Rülke** sieht die Position der FDP-Landtagsfraktion, auch die Balkanländer Albanien, Kosovo und Montenegro zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, durch entsprechende Untersuchungen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) bestätigt. Laut dem IfW verringert die Einstufung von Staaten zu sicheren Herkunftsländern „die Anzahl der Asylanträge offenbar deutlich“. Wie die Nachrichtenagentur dpa ausführt, verglichen die Kieler Ökonomen Asylanträge der Jahre 2014 und 2015 aus den inzwischen als sicher bewerteten Ländern Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Serbien mit denjenigen der als nicht sicher deklarierten Nachbarstaaten Albanien, Kosovo und Montenegro. Nach den Worten des IfW-Forschungsbereichsleiters Sebastian Braun gebe es klare Indizien, dass die Klassifizierung in sichere und nicht sichere Herkunftsstaaten einen Einfluss auf die Zahl der gestellten Asylanträge hat. In den ersten acht Monaten des Jahres 2015 sei die Zahl der Asyl-Erstanträge aus den als nicht sicher geltenden Staaten von 8570 auf 70637 und damit um 724 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen. Demgegenüber hätten aus den als sicher eingestuften Ländern nur 32 Prozent mehr – nämlich 22281 Menschen - einen Antrag gestellt. Wie dpa weiter berichtet, sagte der Experte für Migration und Arbeitsmarkt, Richard Franke: „Hätte die Deklaration als sicherer Herkunftsstaat keinen Effekt, wäre zu erwarten, dass die Zahl der Asylanträge auch einen ähnlichen Verlauf nimmt.“ Aus Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien hätten bei einem gleichen Anstieg der Asylanträge 138 925 statt ‚nur‘ 22281 Menschen einen Asylantrag stellen müssen.

Rülkes Fazit aus den Untersuchungen des Kieler Instituts: „Ministerpräsident Kretschmann hat seine Zustimmung zu weiteren sicheren Herkunftsländern immer von einem Beweis abhängig gemacht. Diesen Beweis hat er nun. Damit gibt es keine Ausrede mehr und er muss handeln.“

FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart
Dr. Jan-Havlik, Pressesprecher, Tel: 0711 2063 9013, Fax 0711 2063 610
jan.havlik@fdp.landtag-bw.de; www.fdp-dvp.de